



Wir Wahlinformation regional

im Landkreis

Zeitung zu den Wahlen in Land und Bund 2013

Zur Wahl gehen statt ins Schneckenhaus verkriechen...

Politikwechsel mit Ude, Steinbrück und Barthel

Nur mehr wenige Tage, bis in Bayern und in ganz Deutschland gewählt wird. Die Entscheidungen, die dabei von den Wahlberechtigten getroffen werden, sind weit bedeutsamer als die Medien es Glauben machen. Es geht um einen anderen Politikstil, im Maximilianeum wie im Bundestag. Um Offenheit, Glaubwürdigkeit und um das Wohl der Allgemeinheit.



Fangen wir doch beim Vergleich von Peer Steinbrück und Angela Merkel an. Da muss man sich doch die Frage stellen, was einem lieber ist, durch welche Gangart man sich politisch besser vertreten sehen möchte.

■ Peer Steinbrück spricht Klartext

Gehört man zu jenen, die den Kopf in den Sand stecken und die der „Man-müsste-mal“-Politik à la Merkel einfach weiter Raum lassen? Oder ist einem ein Peer Steinbrück der klaren Worte lieber – ein Kanzler, der vielleicht auch einmal jemandem auf die Zehen tritt, aber der gewiss nicht der politischen Untätigkeit geziehen werden könnte ...

Auch der Vergleich zwischen Christian Ude und Horst Seehofer fällt leicht.

■ Christian Ude hält Wort

Dass der noch amtierende Ministerpräsident allen alles verspricht und heute das Gegenteil von dem behauptet, was er gestern noch wild entschlossen verkündet hat, wird im Kabarett verspottet und in den Zeitungen verbal belächelt. Lustig ist das aber nicht! Dieses Land hat wirklich etwas Besseres verdient: Keinen Vielversprecher, der selten etwas hält, sondern einen Ministerpräsidenten Christian Ude, dessen Laufbahn geprägt ist von Glaubwürdig-

keit, Verantwortung, Erfolg, sozialem Bewusstsein. Und dem es nicht um irgendeine Klientel geht, sondern um das Wohl aller ...

■ Klaus Barthel steht für soziale Gerechtigkeit

In dieser Rangliste in Sachen Ehrlichkeit und Integrität steht auch der erfahrene Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel ganz vorne. Ihm die Stimme zu geben bedeutet auch, sich gegen Beliebigkeit und Farblosigkeit zu stellen und einen jener Politiker zu unterstützen, die voraus schauen und nach dem Wohl der Menschen fragen, statt nach dem Eigennutz.

Veranstaltungen der SPD in Ihrer Nähe

Schlötterer kommt!

Wilhelm Schlötterer, bekannt geworden mit seinem Bestseller „Macht und Missbrauch – Von Strauß bis Seehofer“, liest aus seinem top-aktuellen Buch „Wahn und Willkür: Strauß und seine Erben oder wie man ein Land in die Tasche steckt.“ Darin beschäftigt er sich u.a. mit dem Justizskandal um Gustl Mollath. Eine Lektüre, bei der jedem (sozial)demokratischen Menschen die Haare zu Berge stehen.



Dr. jur. Wilhelm Schlötterer, Jahrgang 1939, ist Verwaltungsjurist und hat während seiner Tätigkeit in der bayerischen Finanzverwaltung bereits in den 1970er Jahren beharrlich auf Einflussnahmen von CSU-Spitzenpolitikern zugunsten von Prominenten und wohlhabenden Freunden in Steuerangelegenheiten hingewiesen. Dies brachte ihm erhebliche berufliche Nachteile ein, bis hin zu Strafverfahren und beamtenrechtlichen Disziplinarverfahren. Jedes dieser Verfahren ergab, dass er sich rechtmäßig verhalten hatte.

Die Autorenlesung findet statt am

**Donnerstag, 12. September 2013
19:30 Uhr, in Wolfratshausen,**

Walddram, Gasthof Post.

Wandern mit Barthel

Seit zwölf Jahren bietet Klaus Barthels Alpeninitiative „Mit links bergauf“ gesellige Bergwanderungen an. Die nächste führt am Sonntag, 13. Oktober 2013, zum Bodenschneidhaus in der Spitzingsee-Region. Weitere Infos unter www.mitlinksbergauf.de

SPD setzt auf Gemeinschafts- und Ganztagschule

Chancengleichheit im Bildungssystem

Gute Bildungspolitik bedeutet: Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Die SPD will nicht das ganze System umkrempeln, aber einige Reformen sind dringend nötig. Bis zum Jahr 2030 werden in Bayern die Hälfte aller Haupt- und Mittelschulen schließen müssen, vor allem in ländlichen Gemeinden. Das bedeutet: In einen Ort ohne Schule ziehen keine Familien, Handwerker finden keine Lehrlinge, Bäcker und Wirtshaus werden schließen müssen. Das Dorf verödet.

■ Bessere Chancen für alle Schülerinnen und Schüler

Die Antwort darauf lautet: wohnortnahe Gemeinschaftsschule. Diese Schulform kann schon ab 200 Kinder



„Hausaufgaben? Die mach' ich in der Schule! Und bekomme Hilfe, wenn ich auf dem Schlauch stehe. Danach zählt nur noch Fußball.“ So könnte Schule in Bayern aussehen.

pädagogisch erfolgreich geführt werden.

Für alle Schularten, von der Grundschule bis zum Gymnasium, ist auch die Ganztagschule ein entscheidender Beitrag zur Chancengleichheit

im Bildungssystem. Ganztagschulen ermöglichen neue Unterrichts- und Lernformen. Sie bieten allen Schülerinnen und Schülern bessere Chancen für die Entwicklung und Möglichkeiten, Stärken gezielt zu fördern.

■ Klares Bildungsangebot, sinnvoller Tagesrhythmus

In der Ganztagschule sind die Hausaufgaben integriert, was Eltern unterstützt, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren. Eine Ganztagschule ist eine Schule mit festem Bildungsangebot in einem sinnvollen Tagesrhythmus von Anspannung und Pausen. Mehr zum Thema Bildungspolitik finden Sie unter www.bayernspd-landtag.de/positionen

Meine Empfehlung

SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher: „Ich möchte Paul Lehmann im bayerischen Landtag sehen!“

Liebe Leserin, lieber Leser,



seit über einem Jahr begleite ich die politische Karriere von Paul Lehmann, der heuer am 15. September für die SPD als Abgeordneter in den Bayerischen Landtag einziehen will.

Ob bei gemeinsamen Veranstaltungen, wie dem Jahresempfang in Wolfratshausen, oder im persönlichen Gespräch: Paul Lehmann überzeugt mit Fachkompetenz, mit sozialdemokratischem Weitblick und mit echtem Engagement für die politische Herausforderung.

Der junge Kandidat ist ein Glücksfall für die SPD im Oberland: Er ist ein Motivator für junge Menschen, bei der SPD und für ihre Anliegen aktiv zu werden. Jede Generation sollte sich im Landesparlament wiederfinden. Paul Lehmann ist mit seinen erst 26 Jahren der ideale Ansprechpartner für die jüngere Generation. Er weiß aus eigener Erfahrung, wie wichtig eine gute Infrastruktur gerade in ländlichen Regionen ist. Er hat gerade selbst erlebt, wie Schule gestaltet werden muss, um jedem Jugendlichen die optimale Förderung zuteil werden zu lassen, und wie nötig eine solide, zuverlässige Arbeitsmarktpolitik für junge Erwachsene ist, die am Anfang ihres privaten und beruflichen Weges stehen.

Eine ganz persönliche Anmerkung zum Schluss: Ich freue mich darauf, Paul Lehmann am 15. September den Staffeltab des „jüngsten Abgeordneten der SPD Fraktion“ überreichen zu dürfen.

Ihr Markus Rinderspacher

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt der Seiten zur Landtags- und Bezirkstagswahl (V.i.S.d.P.):

SPD-Kreisverband
Bad Tölz-Wolfratshausen

Vorsitzende:
Gabriele Skiba, Weidacher Hauptstr. 68g,
82515 Wolfratshausen.

Redaktion:
Gabriele Skiba, Hans Gärtner.

AutorInnen dieser Ausgabe:
Stefan König, Paul Lehmann, Katarina
Koper, Bernhard Schüle, Gabriele Skiba.

SPD-Kreisverband
Bad Tölz-Wolfratshausen
www.spd-badtoelz-wolfratshausen.de
Paul Lehmann
www.lehmannpaul.de



Politik für ältere Menschen

Gute Pflege für alle

Zukunftsorientierte Seniorenpolitik muss auf eine sich stark verändernde Bevölkerungszusammensetzung reagieren. Keine neue Erkenntnis. Trotzdem ist in den letzten 10 Jahren zu wenig geschehen.

Viele Menschen werden bei guter Gesundheit immer älter. Das ist höchst erfreulich. Andererseits steigt die Zahl der Menschen, die auf Pflege angewiesen sind. Im Jahr 2010 waren 2,4 Millionen Menschen pflegebedürftig, für 2030 werden rund 3,3 Millionen und für 2050 sogar 4,4 Millionen Pflegebedürftige prognostiziert. Diesen steigenden Zahlen steht schon heute ein Mangel an Pflegekräften gegenüber. Das macht deutlich, dass wir ein Gesamtkonzept für die Weiterentwicklung der Pflege brauchen.

■ Würde und Selbständigkeit

Zunächst muss der Begriff ‚Pflegebedürftigkeit‘ neu definiert werden. Pflegebedürftigkeit darf nicht nur daran gemessen werden, wozu ein alter Mensch körperlich im Alltag noch fähig ist. Es ist auch zu bewerten, inwieweit ein pflegebedürftiger Mensch trotz Einschränkungen ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Die meisten Menschen wollen in ihren eigenen vier Wänden bleiben.



Die SPD will, dass alle Menschen eine gute Pflege erhalten können. Und sie sagt „Nein“ zur Zweiklassengesellschaft.

Foto: istockphoto.com

Damit dies möglichst lange der Fall sein kann, wird die SPD die ambulante Versorgung und Rehabilitation stärken. U.a. soll der Ausbau von wohnortnaher Pflege- und Wohnberatung gefördert werden. Auch die Förderung von altersgerechten und barrierefreien Wohnungen gehört dazu.

■ Entlastung für pflegende Angehörige

Pflegende Angehörige leisten eine herausragende Arbeit. Pflege ist für Angehörige nicht nur körperlich sondern auch mental sehr anstrengend. Sie brauchen Auszeiten, um sich er-

holen zu können. Die SPD will die Ansprüche auf entlastende Kurzzeit- und Verhinderungspflege auf acht Wochen pro Jahr erhöhen. Wer beruflich eine Auszeit für Pflege von Angehörigen nimmt, soll in dieser Zeit Kündigungsschutz haben. Pflegezeiten sollen rentenrechtlich höher bewertet werden.

Für Menschen, die einen Pflegeberuf ergreifen wollen, muss die Arbeit attraktiv sein. Das beginnt bei der Ausbildung. Die SPD wird für eine gebührenfreie Ausbildung sorgen. Durch dauerhafte Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen sollen bessere Aufstiegsmöglichkeiten für Pflegekräfte geschaffen werden. Vor allem aber muss eine leistungsgerechte Bezahlung gewährleistet werden.

■ Pflege für alle Menschen, die sie brauchen

Pflegebedürftigkeit kann jeden Menschen treffen. Gute Pflege kostet Geld, das ist keine Frage. Die SPD strebt die Einführung einer ‚Bürgerversicherung Pflege‘ an. Damit wird ein gerechtes System geschaffen, das alle entsprechend ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einbezieht und die Lasten fairer verteilt. Es darf jedenfalls nicht sein, dass gute Pflege der privaten Vorsorge überlassen bleibt. Eine Zweiklassengesellschaft ist unsozial: Hier Pflege im Minutentakt und Aufopferung der Angehörigen, dort exklusive Residenzen und ein ‚grauer Pflegemarkt‘ mit teils illegalen Pflegekräften und Billigtlöhnen. Sozial geht anders!

Innenansichten der Ausbildungssituation

Jungen Leuten gute Chancen einräumen!

Am 1. September ist es wieder so weit. Für tausende Jugendliche beginnt ein neuer Lebensabschnitt: die Ausbildung. Die Schule liegt hinter einem, man hat einen ordentlichen Abschluss und möchte loslegen. Endlich eigenes Geld verdienen! Endlich das machen, was einem gefällt! Endlich auf eigenen Beinen stehen! Der Weg dorthin ist aber oftmals mit Problemen gepflastert.

Trotz gutem Schulabschluss, finden nicht alle einen entsprechenden Ausbildungsplatz. So geht es jährlich 80.000 Jugendlichen in Deutschland. Weitere 270.000 junge Menschen stecken in Übergangsmaßnahmen fest.

Immer weniger Betriebe bilden aus, immer höher werden die Anforderungen. Um allen eine gute Ausbildung zu ermöglichen, setzten sich die JUSOS für die Einrichtung von Ausbildungsfonds ein, mit deren Geld mehr betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden sollen.

Hat man einen Ausbildungsplatz gefunden, ist man nicht selten mit



Setzen sich konsequent für gute Ausbildung ein: Juso-Vorsitzende Katarina Koper und Landtagskandidat Paul Lehmann.

Foto: privat

ausbildungsfernen Tätigkeiten beschäftigt. So gehören beispielsweise Kaffee holen oder Toiletten putzen zu den tägliche Aufgaben vieler Azubis. Hier gilt: Auch die Qualität der Ausbildung muss stimmen! Daher fordert die SPD moderne, gut ausgestattete Berufsschulen und gerech-

te Ausbildungsbedingungen in den Betrieben. Hierzu gehört auch ein gerechter Lohn. Das monatliche Gehalt während einer Ausbildung liegt im deutschen Durchschnitt bei 737 € brutto. Bedenkt man, dass Auszubildende Vollzeitkräfte sind, liegt der Stundenlohn bei geleisteten 150 Stunden/Monat bei 4,91 € brutto. Von diesem Geld baut man sich kein eigenes Leben auf.

Nach etwa drei Jahren ist die Ausbildung geschafft. Man ist nun eine Fachkraft und würde gerne im Betrieb bleiben. Doch man wird trotz gut geleisteter Arbeit oft nicht übernommen. Die SPD möchte den Berufsstart auch nach der Ausbildung sichern und setzt sich für unbefristete Arbeitsverträge nach der Ausbildung ein.

Hier hat man erkannt: Die Jugendlichen von heute sind die Fachkräfte von morgen. Chancengerechte Ausbildung ist nur mit der SPD zu bekommen. Der beste Rat: am 15. und am 22. September SPD wählen!

Der Bundestagsabgeordnete einmal ganz privat

Erholung? Im Garten und beim Bergwandern

Als Politiker kennt man ihn nicht nur im Land- und im Wahlkreis: Er ist auch bundesweit bekannt. Spätestens, seit Klaus Barthel den Bundesvorsitz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) übernommen hat, ist er auch in Talkrunden gern gesehener Gast. Doch wie ist er privat? Krimi-Autor Stefan König hat ihn porträtiert.



Zuerst einmal ist ein Stab zu brechen für all jene Politiker – egal welcher Couleur – die ihre aufreibende Arbeit ernst nehmen, zwischen Berlin und Wahlkreis pendeln und eben auch dort, in den Nebenzimmern der Wirtshäuser, in Seminarräumen der Gewerkschaften, bei Vereinen und Betrieben ihre Politik vertreten.

■ Als „Abweichler“ hat er schließlich Recht behalten

Genau so einer ist Klaus Barthel – ein Politiker durch und durch, der sich nicht verbiegen oder vor einen Karren spannen lässt. Vor Jahren galt er als „Abweichler“, weil er die unnötigen Härten der Agenda-Politik und die Kurzsichtigkeit von Deregulierung und Privatisierungen nicht mitzutragen bereit war. So schlimm das ist: Die Finanzkrise in Deutschland und danach die Wirtschaftskrisen in mehreren europäischen Ländern haben ihm Recht gegeben... Barthel ist ein unermüdlicher „Kämpfer“ für soziale Gerechtigkeit, für Chancengleichheit, für eine gute Zukunft der nächsten Generationen – in Deutschland wie in Europa.

■ Viel Freizeit hat ein Berufspolitiker nicht

Aber ich merke schon, ich bin dabei, das Thema zu verfehlen. Es geht an dieser Stelle einmal nicht um den Politiker Barthel, sondern um den privaten Klaus...

Viel Freizeit hat ein Bundespolitiker wie Klaus Barthel nicht. Schon gar nicht, wenn er daneben auch noch Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen

und schon daher zwischen Flensburg und Berchtesgaden, Frankfurt am Main und Frankfurt an der Oder gern gehörter Gesprächspartner ist. Diese wenige Freizeit verbringt Klaus – und ich darf ihn nach mehr als 20-jähriger Freundschaft so nennen – vorwiegend draußen. Er ist, was Viele allein schon wegen seiner Alpeninitiative „Mit links bergauf“ wissen, ein leidenschaftlicher Bergwanderer. Es darf auch mal eine längere Tour sein oder ein Klettersteig.

■ Bergwandern in den Bayerischen Voralpen

Geografisch gelten seine Vorlieben seiner unmittelbaren Heimatregion – er lebt in Kochel am See direkt am Fuß der Berge. Zwischen Garmisch-Partenkirchen und dem Wendelstein gibt es nicht allzu viele Wege, Hütten und Gipfel, die der mittlerweile 57-Jährige

nicht schon gegangen wäre und erwandert hätte. Und dann ist da noch das Salzkammergut, wo man ihn zur Urlaubszeit antreffen kann, mal gemütlich an den herrlichen Seen, mal ganz schön hochalpin – und vor allem zum Abschalten.

■ Ein ausgefülltes Leben für die Politik

Die meisten kennen Klaus Barthel als einen Menschen, der für die Politik lebt. Oder sollte man besser sagen, dafür, dass die Rahmenbedingungen in unserer Gesellschaft stimmen. Dass Gerechtigkeit und Chancengleichheit herrschen und dass politische Entscheidungen dem Frieden dienen. Er ist beseelt von seiner Aufgabe – so



Die Stunden im Garten sind für ihn Genuss und Entspannung.

schwierig sie auch oft ist. Sie ist ihm nie Last, sondern immer Berufung. Auch wenn dadurch so wenig Zeit bleibt für das Privatleben, für die Berge, für die Fahrradrunde, einfach für ziemlich vieles, was unsereins als Freizeit kennt und was er nicht mit Politik vermischen und öffentlich ausbreiten will.

■ Keine Frage: Barthel hat einen „grünen Daumen“

Für mich hat sich oft die Frage gestellt, wie Klaus die Dauerbelastung gesundheitlich unbeschadet durchsteht, wann und wie er entspannt und Kräfte tankt. Irgendwann habe ich die Antwort gefunden: Sie liegt in seinem nach Südwesten ausgerichteten Hausgarten in Kochel. Man muss ihn erleben, wenn er an einem freien Sonntag hier daheim ist, in kurzer Hose und oft mit nacktem Oberkörper die Rosen, die Lilien, die üppige Glyznie inspiziert, hier ein Eckchen umgräbt, dort Neues pflanzt oder dem Besucher ein Wurzelstück absticht. Da ist er dann ganz bei sich, ruhig, gelassen, glücklich – und all die Blumen scheinen nur aus dem einen Grund zu blühen, weil es sich dieser sonst so ruhelos aktive Klaus Barthel wirklich verdient hat.

Das Oberland ist reich - aber auch teuer ...

Die Region braucht die neue soziale Balance

Der Bundestagswahlkreis Starnberg gehört zu den reichsten Regionen Deutschlands. Im Durchschnitt. Und zu den teuersten! Nur wenn es gelingt, die Lebenshaltungskosten zu begrenzen, die Infrastruktur weiterzuentwickeln und die Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten zu sichern, haben auch Landwirtschaft, Handwerk und Selbständige auf die Dauer eine Chance.

Überfüllte Züge, verstopfte Straßen, fehlende Kinderbetreuungsplätze, kaum noch bezahlbarer Wohnraum kennzeichnen den Alltag in der Region. Konservative Landes- und Kommunalpolitiker haben so ziemlich alles verschlafen, was zu verschlafen war.

■ Selbstzufriedenheit ist das Gegenteil einer Antwort

Das dynamische München hat ihnen lange Zeit das Denken und Handeln abgenommen. Und sozialdemokratisches Handeln im Bund: Ohne lockende Zuschüsse gäbe es bis

heute kaum Kinderbetreuung, Ganztagschule, Gebäudesanierung. Ohne die Rettung der Gewerbesteuer wären die Kommunen längst pleite. Ohne die beiden Konjunkturprogramme von 2008 würden noch mehr Bahnhöfe und Schlaglochpisten verrotten.

Dort, wo man selbst gefordert war, z.B. bei der S-7-Verlängerung nach Geretsried, beim Starnberger Tunnel, bei der Bahnstrecke München-Tutzinger-Garmisch, bei den Schulen im Landkreis Miesbach, da wurde und wird gewartet, bis es nicht mehr geht. Statt das Geld, das für den Transrapid und Olympia angeblich in Milliardenhöhe da war, in sinnvolle Projekte



Der schöne Schein trägt. Für Viele ist das Leben hier kaum noch bezahlbar.

umzuleiten, herrscht Planungs- und Finanzierungschaos.

■ Überall Planungs- und Finanzchaos

Jüngstes Beispiel: Die CSU propagiert, natürlich ohne jede Finanzierung, den Tunnel in Starnberg, und zwar sofort; die FDP ist dagegen. Beide mit Landes- und Bundesministern an der Spitze. Die Wählerverarsche ist perfekt: Wer dafür ist, soll CSU wählen, wer dagegen ist FDP. Zusammen wollen sie dann eine neue Koalitionsmehrheit bekommen, in Land und Bund. Und dann?

■ Prioritäten anders setzen

Der Staat muss handlungsfähig bleiben, politisch wie finanziell. Deshalb fordert die SPD auch einen höheren Steuerbeitrag von den oberen fünf Prozent. Das hilft aber auch der Wirtschaft in der Region. Ebenso, wie eine Mietpreisbremse, höhere Löhne und ein besseres soziales Netz die Existenz von Einzelhandel, Handwerk und regionalen Dienstleistern sichern.



So oft es der Zeitplan zulässt, zieht es Klaus Barthel zum Wandern in die Berge.

Aufgeschnappt:

Holt sie von der Wolke runter!



„Nur weil Deutschland eine andere Sicht hat, wird das Big Data und die Cloud nicht aufhalten“ – aufgeschnappt bei Christian Illek, Deutschland-Chef von Microsoft.

Auf gut deutsch meint der Herr von Microsoft zur NSA-Datensammel-Affäre nichts anderes, als dass seine Firma und die US-Behörden mit unseren Daten tun und lassen können, was sie wollen. Und CSU-Innenminister Friedrich rechtfertigt das dann mit dem Super-Grundrecht Sicherheit. Nur am Rande gefragt: Wo steht davon was im Grundgesetz?

Im Kern geht es aber mal wieder um die Frage, ob unter der Überschrift „Globalisierung“ eigentlich alles erlaubt ist – einfach als Recht des Stärkeren?

Mag sein, dass einige in den USA für die Todesstrafe, den Waffenbesitz und gegen die gesetzliche Krankenversicherung sind, während sie gleichzeitig ein gebrochenes Verhältnis zur Privatsphäre und zum Datenschutz haben. Das darf aber eine deutsche Bundesregierung und eine Europäische Union nicht daran hindern, die Rechte ihrer Bürger und die eigenen Rechts- und Wertesysteme zu schützen. Jedenfalls: Ein Freihandelsabkommen ohne gleiche Augenhöhe und mit Partnern ohne jeden Respekt vor den Grundrechten anderer kann es nicht geben.

Man müsste mal handeln, Frau Kanzlerin!

Ihr

Klaus Barthel

Impressum

Seiten 3 bis 6 und 8

Verantwortlich für den Inhalt der Seiten 3 bis 6 und 8 zur Bundestagswahl (V.i.S.d.P.):

Klaus Barthel, MdB

Wahlkreisbüro
Wallenburger Straße 12, 83714 Miesbach

Redaktion:

Klaus Barthel, Gertrud Fetzner-Wennigatz, Roland Fischer, Hans Gärtner, Stefan König, Fabian v. Xylander.

Layout:

Hans Gärtner, Edelweißstraße 11,
82515 Wolfratshausen

Druck:

Allgäuer Zeitungsverlag GmbH
Heisingerstr. 14
87437 Kempten



Wie lange sollen die „kleinen Leute“ noch die Zeche zahlen?

Soziale Gerechtigkeit jetzt!

Vor der Wahl wird alles schönge-redet. Die Steuereinnahmen seien hoch, hört man. Die Arbeitsmarktdaten seien gut, liest man. Beste Aussichten wohin man schaut. Von Krise kann gar keine Rede sein... Und viele Medien machen mit. Glauben Sie auch, dass nicht gehandelt werden muss? Dass es nicht allerhöchste Zeit ist?

Mehr Werkverträge als Ersatz für tariflich verbesserte Leiharbeit, Befristungen en Masse, Minijobs, Praktika: Wenn alles so rosig wäre, wie von interessierter Seite behauptet, warum brauchen dann viele Betriebe diesen Druck auf ihre Beschäftigten? Ist es die pure Gier – oder doch die Angst?

■ Lieblingswort der Koalition: Niedriglohnsektor...

Wenn jeder vierte Arbeitsplatz im Niedriglohnsektor liegt (und da sind die „normal“ Verdienenden in unserer Region, die sich das Leben hier kaum noch leisten können, nicht eingerechnet), kann mit unserem sozialen Gefüge irgendetwas nicht stimmen. Zumal wir gleichzeitig wissen, dass Geld in Massen vorhanden ist. Nur an der falschen Stelle.

„Während die eine Hälfte unserer Gesellschaft so gut wie nichts besitzt, konzentriert sich das Vermögen in immer weniger Händen und vermehrt



Wöchentlicher Flohmarkt, Samstags im Gewerbegebiet Wolfratshausen: Viele handeln und tauschen hier zum Spaß. Immer mehr Menschen sitzen dort aber den ganzen Tag für ein paar Euro Zubrot zum Einkommen, das hinten und vorne nicht reicht. Manche sind Hartz-IV-Aufstocker, andere stellen aus Scham gar keinen Antrag ...

sich dort im Eiltempo“, sagt der Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel.

■ Unsere Volkswirtschaft wird auf Verschleiß gefahren

„Dieses riesige Gerechtigkeitsproblem – handelt es sich doch um Werte, die aus Arbeit von Zig-Millionen Menschen entstanden sind – wird bisher damit gerechtfertigt, dass aus diesen Großvermögen schließlich die Investitionen in die Arbeitsplätze von morgen kommen. Leider stimmt das immer weniger: Sowohl im Vergleich zu früheren Zeiten als auch zu anderen Ländern liegen die Investitionen

in Deutschland alarmierend niedrig.“ Als Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) weiß Klaus Barthel nur zu gut, wovon er spricht. Und er sieht dringenden Handlungsbedarf, durch öffentliche Investitionen und Anreize, z.B. für Verkehr, Energie, Gebäudesanierung und durch mehr private Nachfrage aus dem Inland, das Investitionsgeschehen wieder in Gang zu bringen.

„Das Geschehen auf den Finanzmärkten hat mit Leistung wenig zu tun. Das muss auch die Steuerpolitik berücksichtigen.“

Wahlen am 15. und 22. September: Wer entscheidet hier eigentlich?

Die Strafe der Nichtwähler ...

... trifft immer die Falschen. Viele Bürgerinnen und Bürger meinen – nicht ganz zu Unrecht –, dass ohnehin Banken, Spekulanten, Bürokraten und Datensammler zu viel Macht haben. Die brauchen aber keine Wählerstimmen, um mächtig zu sein. Das große Geld reicht denen. Politiker, die diesem Treiben Grenzen setzen wollen, brauchen aber Ihre Unterstützung.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Können wir an diesen Programmsatz aus unserem Grundgesetz wirklich noch glauben? Der Umgang mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise in Europa, das dröhnende Schweigen der Bundesregierung zur US-Daten-Vollüberwachung, die Erpressungsversuche der Energiekonzerne mit Preisen und Investitionsstreik, die Ablehnung des Verbotes der Abgeordnetenbestechung durch Schwarz-Gelb im Bundestag: Wo leben wir eigentlich?

Und dann kommen noch die Umfragen mit entsprechender medialer Aufbereitung. Motto: Es ist eh alles ge-



Qual der Wah? Wer wählt, nutzt bei den Landtags- und Bundestagswahlen zumindest seine Chance, über die Zukunft mitzubestimmen.

laufen. Merken Sie es? Da sind manche unterwegs, die wollen Ihnen weismachen, dass es auf Sie, auf ihre Meinung, auf Ihre Stimme bei den Wahlen gar nicht mehr ankommt.

■ Demokraten können sich das nicht gefallen lassen

Da gibt es viele Bemühungen, von den Inhalten abzulenken. In der Sache

wissen wir: Die große Mehrheit der Deutschen ist für den gesetzlichen Mindestlohn, für die Bürgerversicherung, für gerechtere Steuern, gegen das Betreuungsgeld, gegen die Geldpumpe der Frau Merkel vom Steuerzahler zu den Banken, für bessere Kinderbetreuung und Bildung, für Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, für eine geordnete und langfristige angelegte Energiewende ohne Abzockerei.

Komisch ist nur: Wenn die Kommentatoren und Umfragen recht haben, gibt es dafür derzeit keine Mehrheiten in Landtag und Bundestag. Aber wie sagt doch das Grundgesetz Artikel 20 weiter zur Staatsgewalt: „Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt.“

■ Es geht um wichtige Sachentscheidungen

Wer auf diese Macht verzichtet, lässt andere entscheiden. Sie selbst haben es also mit in der Hand, ob Mehrheit auch Mehrheit ist.

Klaus Barthels bundespolitischer Blick auf das Thema Pflege

„Da kommt eine Herkulesaufgabe auf uns zu!“

Eigentlich wissen wir es: Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen steigt. Die Kosten steigen. Wir haben zu wenig Personal, das auch noch schlecht bezahlt wird. Pflegende Angehörige sind oft überfordert. Die Regierung scheut unangenehme Wahrheiten. Und gern verdrängt: Die Folgen dessen können jeden von uns treffen...



Wir alle wollen möglichst lange ein selbständiges Leben führen. Wie geht es aber weiter, wenn wir einmal auf Hilfe und Pflege angewiesen sind? Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wird im Jahr 2030 bei über drei Millionen liegen.

Demografischer Wandel, Pflege-notstand, Finanzierungspässe – Schlagworte in vielen Reden und Schriften zu den gesellschaftlichen Problemen der Zukunft. Wenn es aber darum geht, konkrete Lösungen anzubieten, bleibt es oft bei Formeln. Sehr schnell landet man dann bei Eigenvorsorge, Ehrenamt und Warnungen vor der Überforderung des Sozialstaates. Und schon ist die Politik das Problem los und hat es auf den Einzelnen abgeschoben.

■ „Es muss jetzt wirklich schnell gehandelt werden!“

Es geht aber nicht um ein Einzelproblem, sondern um eine der gesellschaftlich relevanten Zukunftsfragen schlechthin. „Die Zahl der pflegebedürftigen Menschen wird im Jahr 2030 mit über drei Millionen fast doppelt so hoch liegen wie bei Einführung der Pflegeversicherung 1995“, sagt der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Barthel. Und er fügt

hinzu: „Dahinter steht eine mindestens ebenso große Zahl an Pflegenden, also Angehörige, ambulante Pflegedienste und Beschäftigte in Pflegeeinrichtungen.“

Barthel ist sich der riesigen Herausforderung, die auf Politik und Gesellschaft zukommt voll bewusst, mahnt daher auch, dass „die Zeit des Wegduckens und Aussitzens endlich vorbei sein“ müsse. „Ohne ein Umdenken in der Gesellschaft, ohne starkes Zusammenwirken von Trägervereinen, Verbänden, Kommunen und ohne eine Verbesserung der Gesamtinfrastruktur werden die gewaltigen Aufgaben nicht zu lösen sein.“ Und über allem

steht laut Barthel die gesamtstaatliche Verantwortung und Finanzierung. „Was ein Herr Bahr da macht, ist bar jeglicher Weitsicht...“

■ „Bessere Ausbildung, mehr Fachkräfte“

Die bereits mehrfach überarbeitete Pflegeversicherung ist an sich ein Erfolg, bedarf aber dringend einer Weiterentwicklung. Der Fast-Stillstand der letzten vier Jahre, mit dem „Pflege-Bahr“ als neuer Subvention für die Versicherungskonzerne, jedoch ohne Nutzen für die Versicherten und Verbesserungen für Demenzkranke, muss schnell überwunden werden.

„Wir brauchen dringend eine Reform des Begriffs Pflegebedürftigkeit, des weiteren eine wohnortnahe Beratung und Infrastruktur, unter anderem Pflegestützpunkte, und, was mir ganz wichtig ist, mehr Unterstützung für pflegende Angehörige. Darüber hinaus bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen für das Pflegepersonal, um nur einige Stichworte aus dem Konzept der SPD-Bundestagsfraktion zu nennen.“ Besonders liegt der SPD eine bundesweite Reform der Ausbildung von Fachkräften in allen Pflegeberufen am Herzen, die nach dem Dualen System ohne hohe Zugangshürden auskommt, Wege zur Weiterqualifizierung eröffnet und eine saubere Finanzierung der Aus- und Weiterbildung garantiert.

■ „Menschenwürdige Pflege ist finanzierbar!“

Gute Pflege gibt es nicht zum Null-Tarif. Die SPD im Bundestag will hier das Modell der Bürgerversicherung wie in der Krankenversicherung anwenden: paritätische Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeiträge, Einbeziehung aller Einkommen. Das würde sehr moderate Beiträge ermöglichen. „Selbst dann, wenn die Pflegeversicherung von einer Teilkasko- zu einer Vollversicherung ausgebaut werden sollte.“

Vier weitere Jahre Schwarz-Gelb sind zu viel

Löhne: Die derzeitige Bundesregierung begrüßt im Armuts- und Reichtumsbericht das Sinken der Reallöhne für vier Fünftel der Arbeitnehmer als „Ausdruck struktureller Verbesserungen“ auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb sind keinerlei wirksame Maßnahmen geplant, um die Einkommen für die Mehrheit der Bevölkerung anzuheben. Dafür gibt es maximalen Schutz für die Vermögen von Superreichen.

Arbeitswelt: Handlungsunfähigkeit und -unwilligkeit angesichts Lohndiskriminierung von Frauen (- 22%), Leiharbeit, Werkverträgen, Praktika, Befristungen. Dies sei Aufgabe der Tarifparteien, so das gemeinsame Unions-Wahlprogramm; keine gesetzlichen Änderungen vorgesehen.

Altersarmut: Nichts getan außer gestritten. Beitrag zur Gesetzlichen Rentenversicherung gesenkt, damit auch den Bundeszuschuss. Folge zwangsläufig: Renten sinken weiter. Kassen geplündert, System geschwächt. Die Ankündigungen aus den Reihen der Union, Rentenleistungen an einzelnen Stellen zu verbessern, sind alle nicht gegenfinanziert.

Europa: „Europa spricht deutsch“, so Unions-Fraktionschef Kauder. Die Tatsachen: Rekord-Arbeitslosigkeit mit 26 Millionen betroffenen Menschen in Europa, davon 6 Millionen Jugendarbeitslose. Merkels Politik verschärft die Euro-Krise: Staatsschulden wachsen erst recht, Übergreifen auf Deutschland immer wahrscheinlicher, Schuldenunion längst eingeführt, Gipfel in Serie ohne Ergebnisse, Wahrheiten vor der Wahl vertuscht.

Energiewende: Regierung überfordert, Investitionen blockiert. Steigende Verbraucherpreise obwohl Erzeugerpreise sinken. Einerseits will man bauen was nur geht: Netze, Kohle, Pumpspeicher, Windräder usw... Andererseits fehlt bundesweit jede koordinierte Planung, so dass die Rahmenbedingungen völlig unklar bleiben: Einspeisevergütungen für Erneuerbare Energien, aber überzogene Abstandsregeln für Windräder usw., usw.

Warum Peer Steinbrück Kanzler werden muss:

■ Gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn ab Februar 2014, anfangs 8,50€, regelmäßig anzupassen. Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtern, damit wieder mehr Beschäftigte unter deren Schutz kommen und das Lohngefüge auch deutlich oberhalb des Mindestlohns stabilisiert wird.

■ Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Missbrauch von Leiharbeit, von Praktikum und Werkvertrag gesetzlich ausschließen; Rechte der Betriebsräte stärken; sachgrundlose Befristung abschaffen; gleichen Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen und Männer sowie für gleiche Arbeit am gleichen Ort (also auch bei Leiharbeit) durchsetzen; Hartz IV korrigieren. Neues umfassendes Programm für eine menschlichere und gesündere Arbeitswelt.

■ SPD hat gerechnetes Rentenkonzept: Rentenniveau nicht weiter sinken lassen; nach 45 Versicherungsjahren abschlagsfrei mit 63 in Rente; Aussetzen der Rente mit 67; Verbesserungen bei Erwerbsminderung; Solidarrente oberhalb der Grundsicherung bei 30 Beitrags- und 40 Versicherungsjahren; „Mütterrente“ für Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren sind, anheben. Finanzierung: Verbesserungen bei Löhnen (siehe oben), Verzicht auf Beitragsenkungen, vorgezogene moderate Beitragserhöhungen, Staatszuschuss für beitragsfremde Leistungen.

■ Regulierung der Finanzmärkte, Finanztransaktionssteuer verbindlich in der ganzen EU, Wachstumsimpulse vor allem durch Investitionen, die ganz Europa nutzen; echte „Jugendgarantie“. Finanzierung: wirksame Besteuerung von großen Geldvermögen und Großkonzernen in der gesamten EU, Austrocknen von Steueroasen. Schluss mit dem Abladen der Krisenfolgen bei den kleinen Leuten.

■ Energiewende mit „Masterplan“ systematisch fortsetzen, Kommunen und dezentrale Versorgung stärken, Investitionen durch Anreize, Bürgerfonds und staatliche Beteiligungen auf den Weg bringen, Energieplanung und Potenzialanalyse für Bayern (Teil der Landesentwicklungsplanung), Bürger von Anfang an einbeziehen.

Klaus Barthel über Fehler und Versäumnisse bei der Energiewende

„Energiewende in Wildwest-Manier...“

Die letzten vier Jahre waren energiepolitisch eine Katastrophe. Erst der Wiedereinstieg in die Atomenergie, dann der chaotische Wiederaufstieg. Seitdem viele Gipfel, viele Projekte, aber niemand weiß, wie es weitergeht. Die Freunde des alten Systems scheinen ihre Chance zu wittern, die erneuerbaren Energien an die Wand zu fahren.

In letzter Zeit scheint die Energiewende in Misskredit geraten zu sein. Woran liegt das?

Barthel: Die Energiewende ist derzeit an allem schuld. An steigenden Strompreisen, an riesigen Stromleitungsprojekten, an absurden Planungen für Speicherinstallationen in den Voralpen wie am Jochberg, an der Angst vieler Bürger, ein Windrad in den Vorgarten gesetzt zu bekommen. Man könnte meinen, da sind einige unterwegs, die alles tun, um die Mehrheit der Menschen gezielt gegen Klimaschutz und AKW-Abschaltung aufzubringen.

Wie kann man dem von politischer Seite entgegen steuern?

Barthel: Der Umbau des gesamten Energiesystems in Deutschland ist zugegebenermaßen ein bisher einmaliges und ehrgeiziges Projekt. Die wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Grundlagen sind aber vorhanden. Was fehlt, ist ein bundesweites politisches Gesamtkonzept.

Nicht ganz ernst gemeint:

Die beliebte Rubrik Kleinanzeigen

Gelegenheiten:

Idylle am Berg: Für den in Planung befindlichen Pumpspeichersee unterm Jochberggipfel werden engagierte Pächter gesucht. Zu vergeben sind ein erstklassig gelegener Gastronomiebetrieb mit Seeterrasse, ein Tretbootverleih und eine Surfschule. Aussagekräftige Bewerbungen an die Energieallianz Bayern oder direkt an Landrat Niedermaier im Landratsamt Bad Tölz.

Ankauf – Verkauf:

Pofalla-II-Smartphone Die neue Generation. Absolut abhörsicher und mit NSA-Firewall versehen. Der Hersteller garantiert für alles und weiß von nichts. Erhältlich unter www.shop.cdu.de

Seehofers Autobiographie: „Ich bin das Gegenteil von mir. Gesammelte Widersprüche“. 3 Bände, ü. 1.000 Seiten. Kostentl. nachgeworfen. Chiffre: Staatsknl.



Klaus Barthel diskutiert bei einer Wanderung auf den Jochberg mit interessierten Bürgern über das geplante Pumpspeicherwerk und die Energiewende.

Davon scheinen wir aber im Augenblick weit entfernt zu sein...

Barthel: Genau. Stattdessen Aktionismus und Profitorientierung überall. Doch es macht keinen Sinn, gleichzeitig riesige Kapazitäten an Leitungen, Solarstromprojekten in der Wüste, Windparks ohne Leitungsanschluss in der Nordsee und Selbstversorgungspläne in jeder Kommune aufzubauen. Und dann kommt noch Seehofer und will aus Wahltaktik Abstandsregeln für Windräder, die den Bau in weiten Teilen Bayerns ausschließen. Nicht zu vergessen schwarze Landratsämter, die zwar jedes Landschaftsschutzgebiet für Gewerbebauten opfern, aber Solardächer für eine ästhetische Todsünde halten.

Jetzt haben wir die Probleme benannt. Doch wie wollen Sie und die SPD-Bundstagsfraktion diese Probleme in den Griff bekommen?

Barthel: Wir fordern einen „Masterplan“, der alle Akteure an einen Tisch bringt, Erzeuger, Verteiler wie Verbraucher, und unter Führung einer neuen Bundesregierung ein verbindliches Konzept erstellt. Dies muss in einem „Monitoring“ jährlich überprüft werden. Am Anfang eines solchen Konzepts hat natürlich auch die

Frage nach Einsparung und Effizienz zu stehen, die größte und beste Energiequelle. Wir wollen die Kommunen unterstützen, auch in Verbänden, wieder mehr Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Die Fehler der Privatisierung der Energiewirtschaft – Beispiel Bayernwerk – werden wir durch staatliches Eingreifen dort korrigieren, wo wir es mit Investitionsblockaden der Konzerne zu tun haben.

Und die nächsten Schritte?

Barthel: Schauen Sie, Schwarz-Gelb hat einen Selbstbedienungsladen organisiert. Wer irgendwas investiert, ob sinnvoll oder nicht, kriegt eine ordentliche Vergütung. Wer viel verbraucht, kriegt Rabatt. Wir werden die notwendigen Ausnahmen bei der EEG-Umlage überprüfen, die Einspeisevergütungen reformieren und reduzieren sowie die Stromsteuer senken.

Herr Barthel, Sie klingen gleichermaßen nachdenklich wie optimistisch...

Barthel: Die Energiewende ist eine große Herausforderung für die ganze Gesellschaft. Mit Merkel'schem Aussetzen und sogenannten Klimagipfeln kommen wir nicht weiter. Es braucht eine verantwortungsvolle Politik, die jetzt die Rahmenbedingungen schafft!

Gesucht – Gefunden:

2 Milliarden € suchen dringend Abnehmer, möglichst vor der Bundestagswahl. Einzige Voraussetzung: Kleinstkind, das Kita-Allergie hat. Wenn wir das Geld so nicht losbringen, geben wir es lieber den irischen Banken, sonst müssten wir ja Betreuungsangebote schaffen... Da könnten Sie ja gleich die Sozen wählen. Also bitte, bitte, melden beim Fräulein Christina Sch.

Leica-Kamera, Neuwert 6.000 €, steuerfinanziert, wenig genutzt, umständehalber zu verschenken. Interessenten wenden sich an die Verwaltung des Bayerischen Landtages, am besten direkt an Frau Stamm. Kennwort: Foto-König-MdL.

Verkehr in der Region

MVV plant Ausdehnung

Viele Jahre später, aber doch, greift der Münchener Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) den SPD-Vorschlag einer Ausdehnung, möglichst auf ganz Oberbayern, auf. Damit könnte nicht nur das Tarifchaos außerhalb des stadtnahen Bereichs beendet werden (DB, RVO, BOB, Stadtverkehre usw.), sondern es könnten auch neue Angebote, bessere Verzahnung und Qualität auf den Weg gebracht werden. Eine sozialdemokratisch geführte Regionalpolitik könnte alle an einen Tisch bringen, damit es – nach alter CSU-Lesart – nicht nur von Olympia 2022 abhängt...

Koalitionsspiele der bayerischen Staatsregierung

Die FDP gegen den Tunnel in Starnberg, die CSU dafür, so das schwarz-gelbe Koalitionsangebot in München und Berlin. Achtung Wähler aus Starnberg und Umgebung: für jeden was dabei! Jeder dieser Koalitionäre wird glaubwürdig für sein Ziel kämpfen. Beide Seiten betonen auch: Finanzierung längst geklärt. Ein Tunnel als Symbol für Stillstand, wie bei vielen anderen Problemen.

S 7-Verlängerung: Schwarzer „Humor“ vom Feinsten

Die Verlängerung der S 7 nach Geretsried liefert seit Jahren schwarze Realsatire in Bestform – Fortsetzung garantiert. In Wolfratshausen dagegen, in Geretsried dafür – wählen Sie CSU, damit Sie immer wissen, woran Sie sind! Während Seehofer seine Standpunkte ständig ändert, haben die CSU-Filialen im Oberland die politische Ware gleich nach lokalem Gusto im Regal. Wundert sich noch jemand, wie „bürgernah“ das Planungsverfahren läuft – mit Seehofer und Zeil als Bauherren? Ach was – schuld ist doch nur die Bahn, wenn für hundert Millionen Euro am Ende Schmarrn gebaut wird!

... und überhaupt:



Die SPD hat schon 2012 die Bundesregierung aufgefordert, die Dispozinsen gesetzlich zu begrenzen. Dies wurde am 13.06.13 im Bundestag von CDU/CSU und FDP abgelehnt. Von Schwarz/Gelb haben Banken nichts zu befürchten und Kunden nichts zu erwarten. www.barthel-spd.de

Ihr Bundestagsabgeordneter

Klaus Barthel
Alles was g'recht ist



Landtagskandidat Paul Lehmann im Gespräch

„Gemeinsam den richtigen Weg einschlagen..“

Mit Paul Lehmann schickt die SPD in Bad Tölz-Wolfratshausen einen jungen Kandidaten in Richtung Bayerischer Landtag. Der 26-jährige Einzelhandelskaufmann engagiert sich von Jugend an politisch. Doch nicht nur als Hobby, sondern als Anliegen und Aufgabe, mit glaubwürdiger Politik für bessere Rahmenbedingungen der Menschen in Bayern zu sorgen.



Einer, der frischen Wind in die Landespolitik bringt: Paul Lehmann aus Bad Tölz.

? Herr Lehmann, mit welchen Hauptanliegen treten Sie Ihre Arbeit im Bayerischen Landtag an, wenn Ihnen die Menschen in Bad Tölz-Wolfratshausen am 15. September ihr Vertrauen schenken?

Mein Hauptanliegen ist es, mich nicht nur für einen Regierungswechsel, sondern auch für einen Politikwechsel einzusetzen. Das Verständnis für Politik in Bayern muss ein anderes werden. Wir müssen viel hinterfragen und den BürgerInnen mehr Beteiligung bei politischen Entscheidungen ermöglichen. Mehr Bürgerbeteiligung ist der Schlüssel gegen Politikverdrossenheit.

? Was vor allem sollte sich in Bayern politisch ändern?

Es gibt tatsächlich einige Baustellen in Bayern. Wir brauchen gerade im Freistaat wieder Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Sittenwidrigen Löhnen und sachgrundlosen Befristungen erteile ich eine klare Absage. Ich mache mich stark für einen gesetzlichen Mindestlohn, wie er in der Bayer. Verfassung verankert ist. Jeder soll von seinem Lohn gut über die Runden kommen, ohne am Monatsende zum Bittsteller beim Staat zu werden.

? Was geben Sie den jungen Leuten Ihrer Generation mit? Warum wählen? Warum Paul Lehmann wählen?

Gerade die junge Generation muss sich fragen, wie die Gesellschaft von morgen aussehen soll. Ich weiß es selbst, mit welchen Problemen man als junger Mensch konfrontiert wird. Der Zusammenhalt der jungen Menschen von heute ist entscheidend für die Frage, wie unsere Gesellschaft von morgen aussehen wird. Stellen wir uns gegen die Ellenbogenmentalität oder tragen wir dazu bei? Deshalb: Zeigt bitte mit Eurer Wahl, dass wir gemeinsam den richtigen Weg einschlagen wollen!

? Nun geht es aber nicht allein um die jungen Leute. Wie schaffen Sie es, auch für die älteren und alten Menschen genau die richtige Wahl zu sein, also bei allen Altersschichten gut anzukommen?

Gerade ältere Menschen wünschen sich junge Politiker, die frischen Wind in die Parlamente bringen. Das Miteinander in unserer Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn jung und alt sich austauschen und Verständnis füreinander haben. Die Erfahrung älterer Menschen ist ein kostbares Gut. Deshalb ist mir dieser Austausch der Generationen besonders wichtig, denn man kann von älteren Menschen viel lernen. Ich bin jedem gegenüber offen und freue mich über jeden Kontakt mit Menschen, egal ob jung oder alt. Und es ist wichtig, dass auch die älteren Menschen einen Ansprechpartner haben. Das möchte ich sein. Problemfelder älterer Menschen gibt es genug.

Sie reichen von Wohnen im Alter bis hin zur Rentenfrage. Diesen Themen nehme ich mich gerne an.

? Und was verändert sich im Landkreis, wenn er mit Ihnen einen Abgeordneten bekommt, der von Klientelpolitik überhaupt nichts hält?

Entscheidungen mache ich nicht von einer Lobby abhängig, sondern allein vom Allgemeinwohl. Man kann sich darauf verlassen, dass ich jederzeit ein offenes Ohr für die Anliegen der BürgerInnen habe. Politik sehe ich als Dienstleistung an ihnen. Genau nach diesem Prinzip gestalte ich Politik für die Menschen, die vielleicht auf meine Hilfe angewiesen sind.

Bundeswehr

Wasserspringen am Kochelsee

Die Kocheler SPD war beim jährlichen Patenschaftsfest der Gemeinde Kochel und der III. Inspektion der Luftlande- und Lufttransportschule sowie beim vorausgegangenen „Wasserspringen“ vor Ort. Kochels 3. Bürgermeister Günter Tochtermann, Monika Hoffmann-Sailer und Bernhard Schülein sprachen mit Soldaten über ihre Sorgen und Nöte. Sie bekamen aber auch oft zu hören, dass der Sprungdienst am Kochelsee als ein Höhepunkt im Dienstablauf geschätzt wird. Kameraden aus dem Norden der Bundesrepublik waren begeistert von der Landschaft und wanderten abends „noch schnell“ auf den Jochberg. „Das alles muss ich im nächsten Urlaub unbedingt meiner Frau zeigen“, schwärmte ein Soldat aus dem Norden.



Gemeinderätin Monika Hoffmann-Sailer und stellv. OV-Vorsitzender Bernhard Schülein vor dem Fallschirm-Festzelt
Foto: privat

Pumpspeicherwerk am Jochberg?

Nebelkerzen statt klare Informationen

Das Fehlen sowohl präziser Planungen als auch der von der Landesregierung seit Jahren angekündigten Potentialanalyse macht es schwer, die Sinnhaftigkeit eines Pumpspeicherwerkes auf dem Jochberg zu befürworten.

■ Auch MdB Barthel sagt „Nein“ zu dem Plan

„Bisher immer noch fehlende Informationen führen zwangsläufig dazu, das Projekt zum derzeitigen Zeitpunkt abzulehnen“, so die klare Aussage des Kocheler Bundestagsabgeordneten Klaus Barthel.

Die Diskussion um ein Pumpspeicherwerk auf dem Jochberg läuft immer stärker auf die Fragen zu, ob es überhaupt gebraucht, sinnvoll eingesetzt und wirtschaftlich betrieben werden kann.

■ Technisch und wirtschaftlich alle Fragen unbeantwortet

Es ist bis heute ungeklärt, inwieweit kurzfristige Speichermöglichkeiten künftig benötigt werden und wenn



„Mit links bergauf“-Wanderung: Klaus Barthel, Thomas Weissenborn und Monika Hoffmann-Sailer (v.l.n.r.) auf dem Jochberg. Foto: privat

ja, ob dann nicht andere Technologien umweltschonender und wirtschaftlicher sind. Dazu gehört auch die Prüfung der Auslastung bestehender Pumpspeicherwerke und gegebenenfalls deren Ausbau und Optimierung. Wenn man weiß, dass die Auslastung österreichischer Werke derzeit bei nur elf Prozent liegt, so fragt man sich, warum dieses brachliegende Potential nicht grenzüberschreitend genutzt

wird. Damit wäre allen gedient: Die vorhandenen österreichischen Anlagen würden wirtschaftlicher genutzt, teure Neubauten in schützenswerten Alpenregionen könnten vermieden werden. Damit könnte auch die jahrelange Baubelastung der Anliegergemeinden, insbesondere der Jachenau und die Beeinträchtigung des für viele Einheimische existenzsichernden Fremdenverkehrs vermieden werden. Der Jochberg als beliebtes Wanderziel bliebe unzerstört erhalten.

■ Jochberg zerstört – Tourismus am Boden...

Einen Riesenbetontrog samt Zufahrtsstraße ohne nachgewiesenen Nutzen in eine schützenswerte Erholungslandschaft zu bauen, nur damit Bauunternehmer einen neuen Großauftrag erhalten, reicht als Begründung sicher nicht aus. Die Bauindustrie hätte ein wesentlich wichtigeres Auftragspotential, z. B. in Erneuerung und Ausbau der Infrastruktur für Schiene und Straße. Dafür müssten Bund und Land die Weichen stellen.

So zählen Ihre Stimmen für die SPD

Bei der Landtagswahl am 15. September

Bei der Landtagswahl haben Sie zwei Stimmen zu vergeben. Mit der **Erststimme** können Sie **Paul Lehmann**, den SPD-Kandidaten unseres Stimmkreises, direkt in den Landtag wählen. Mit Ihrer Zweitstimme können Sie einer weiteren Kandidatin oder einem Kandidaten aus der Liste der oberbayerischen SPD ihre Stimme geben.

Ganz wichtig: Beide Stimmen entscheiden über die Sitzverteilung im künftigen Landtag. Nur wenn **beide Stimmen an die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD** gehen, sorgen Sie für eine starke SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. So wahren Sie am besten die Chancen für einen Regierungswechsel in Bayern mit Christian Ude als Ministerpräsidenten.

Mit Ihrer Erststimme am 15. September

Frischen Wind in den Landtag mit Paul Lehmann



Am 15. September wählen Sie auch den oberbayerischen Bezirkstag. In diesem Parlament fallen wichtige Entscheidungen, die jede und jeden von uns samt unseren Familien betreffen können.



Unser Kandidat für den Bezirkstag: **Martin Wohlketzter**, Bürgermeister der Gemeinde Farchant

Der Bezirk trägt den Sach- und Personalaufwand

- der Krankenhäuser für Psychiatrie, Neurologie und Suchtkranke,
- der Schulen für Hör- und Sprachgeschädigte sowie für Berufsfachschulen.

Der Bezirk ist Träger

- der Sozialhilfe für Behinderte und der Heimunterbringung.

Weitere Aufgaben des Bezirkstages:

- Maßnahmen der Wirtschaftsförderung, insbesondere im Bereich des Fremdenverkehrs
- Kultur- und Heimatpflege (Freilichtmuseen, Denkmalpflege)
- Schutz der Natur und Gewässer zweiter Ordnung sowie das Fischereiwesen in Oberbayern

Das Wahlsystem entspricht dem der Landtagswahl: Mit der Erststimme können Sie **Martin Wohlketzter** direkt in den Bezirkstag wählen. Für die Abgabe Ihrer Zweitstimme empfehlen wir Ihnen die Listenkandidatin **Gabriele Skiba** auf Platz 57. Beide Stimmen entscheiden über die Sitzverteilung.

Bei der Bundestagswahl am 22. September

Bei der Bundestagswahl haben Sie ebenfalls zwei Stimmen zu vergeben. Das Wahlsystem unterscheidet sich aber grundlegend von dem der Landtags- und Bezirkstagswahl.

■ Ihre Erststimme:

Mit der Erststimme können Sie **Klaus Barthel**, den SPD-Kandidaten Ihres Bundeswahlkreises, direkt in den Bundestag wählen. Bitte denken Sie daran: Jede Erststimme für kleinere Parteien ist verschenkt und nützt nur der CSU.

■ Ihre Zweitstimme

Ganz wichtig: Bei der Bundestagswahl entscheidet allein die Zweitstimme über die Verteilung der Sitze. **Hier entscheiden Sie über die Kanzlermehrheit** im neuen Bundestag, also darüber, ob Peer Steinbrück unser neuer Bundeskanzler wird.

Mit Ihrer Erststimme am 22. September

Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit wieder in den Bundestag: Klaus Barthel



SPD

Am 15. September die Steilvorlage mit einem Regierungswechsel in Bayern und **Christian Ude** als Ministerpräsidenten

Am 22. September den fälligen Regierungswechsel in Berlin wählen mit **Peer Steinbrück** als Bundeskanzler

GENAU! UDE.

Nicht Umfragen entscheiden, sondern Sie!